
DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 03/08

1. Streumunition: Wellington-Konferenz bringt Durchbruch

Verhandlungen auf internationaler Ebene haben den Ruf, wenig konkrete Ergebnisse, aber viel Papier zu hinterlassen. Die Konferenz über Streumunition, die vom 16.-22. Februar 2008 in Wellington stattfand, hat dagegen das Potential, mehr zu erreichen.

Die mittlerweile von 82 Staaten unterzeichnete Abschluss-Erklärung dieser Konferenz umfasst nur etwas mehr als eine Seite, doch wird darin nichts anderes als ein prinzipielles Verbot von Streumunition formuliert. Sie fordern „a prohibition on the use, production, transfer and stockpiling of clustermunitions that cause unacceptable harm to civilians“ (vgl. die Wellington-Erklärung im Internet unter:

<http://www.mfat.govt.nz/clustermunitionswellington/conference-documents/Wellington-declaration-final.pdf>). Vom 19.-30. Mai 2008 ist eine Folgekonferenz in Dublin geplant, bei der die nun verabschiedete Erklärung zur Grundlage genommen werden soll, um ein international verbindliches Rechtsinstrument daraus zu entwickeln.

So weit die guten Nachrichten. Für Irritation sorgt allerdings die Position der deutschen Bundesregierung, die auf ihrer 2006 verabschiedeten „8-Punkte-Position zu Streumunition“ (im Internet einsehbar unter:

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abruestung/Downloads/VN-Waffeneubereinkommen-8-Punkte.pdf>) beharren möchte, statt ein grundsätzliches Verbot dieser Waffen zu unterstützen. Dies geht aus der Abschlusserklärung des deutschen Delegations-

vertreters Heinrich Haupt hervor (im Internet einsehbar unter:

<http://www.mfat.govt.nz/clustermunitionswellington/conference-documents/closing-statements/Germany-closing-statement.pdf>), in der betont wird, dass Deutschland einen dreistufigen Ansatz bevorzugt. Ein Verbot ist dabei nur für Streumunition mit hoher Blindgängerrate (über einem Prozent der enthaltenen Submunitionen) geplant. Ein grundsätzliches Verbot von Streumunition (zweite Stufe) soll erst dann eingeführt werden, wenn alternative Waffen zur Verfügung stehen (dritte Stufe), die Flächenziele in vergleichbarer Effektivität bekämpfen können, wie heute Streubomben. (Dies geht auch aus dem „Compendium of proposals submitted by Delegations during the Wellington Conference“ S.10 hervor – im Internet einsehbar unter:

<http://www.mfat.govt.nz/clustermunitionswellington/conference-documents/WCCM-Compendium-v2.pdf>) In einem von Deutschland vorgelegten Definitionsentwurf für Streumunition werden ausdrücklich solche Munitionstypen ausgenommen, die (1.) nur über eine begrenzte Anzahl von Submunition verfügen, deren Aufschlags- und Explosionspunkte am Boden vorherbestimmt werden können (2.) und die (3.) über einen Selbstzerstörungsmechanismus verfügen.)

Ist so eine Argumentation zynisch? Stellt das eine Verhöhnung von Kriegsoptionen dar? – Mag sein, aber bis die zweite und dritte Stufe erreicht ist, möchte die Bundesregierung an der Einsatzoption für Streumunition festhalten. Und das sowohl bei der Luftwaffe (Trägersystem: das Kampfflugzeug „Tornado“, Munitionstyp: BL-

755) als auch beim Heer (Trägersystem: 155mm-Granaten u.a., Munitionstypen: DM 632, DM 642, DM 652, DM 702 u.a.).

Möglich ist dies, weil die Bundesregierung davon ausgeht, dass Streumunition mit einer Blindgängerrate von unter einem Prozent keine erhebliche Gefährdung der Zivilbevölkerung darstellt. – So kann man zumindest aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion schließen (vgl. Bundestagsdrucksache 16/6697 (S. 3) – im Internet einsehbar unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/066/1606697.pdf>).

Diese perverse Position ist nur deshalb möglich, weil die Diskussion über Streumunition bisher sehr stark im Kontext der Anti-Personenminen-

Problematik geführt wurde. Aus dem Blick geraten ist dabei, dass die Blindgänger bei Streumunition eigentlich nur ein Nebenprodukt des eigentlich „erhofften“ Zieles darstellen: der Tötung von Menschen auf einer möglichst großen Fläche. Weil im Moment der Bombardierung unterschiedslos alle Menschen getötet werden, die sich dort aufhalten – ob Frauen und Kinder oder Soldaten –, stellen diese Waffen einen Verstoß gegen das internationale Kriegsvölkerrecht dar. Deshalb müssen Einsatz, Produktion, Handel und Lagerhaltung dieser Waffen (oder Fortentwicklungen von ihnen) prinzipiell verboten werden.

Die derzeitige Position der Bundesregierung dagegen ist untragbar und menschenverachtend.

2. Nach Einsatz von Streumunition in der Schweiz: Viele Bauern könnten ihre Felder nicht mehr bestellen

Ein Leserbrief von Heinrich Frei, Zürich.

Der Genfer Freisinnige John Dupraz hat in einer parlamentarischen Initiative verlangt, Streumunition ohne Wenn und Aber zu verbieten. Der Nationalrat stimmte im vergangenen September dem Antrag zu, der Ständerat dagegen. Die bürgerliche Mehrheit der nationalrätlichen Sicherheitskommission will nun den Entscheid des Nationalrates umstoßen, und Streumunition als „Defensivwaffe“ weiter zulassen. Bundesrat Samuel Schmid mit seinen Militärs möchte diese Kanistermunition auch behalten. In den Arsenalen der Schweizer Armee stehen 200.000 Kanister mit Streumunition bereit, Typ M85, die von den bundeseigenen Rüstungsbetrieben, der Ruag, mit israelischen Lizenzen fabriziert wurde.

Die israelische Armee setzte 2006 im Südlibanon Streumunition ein. Ein großer Teil der Sprengkörper in den verschossenen Kanistern explodierte nicht, kleine Bomblets liegen heute noch im Libanon herum, verunmöglichen dort den Bauern ihre Felder zu bestellen. Die verheerenden Streubomben, konventionelle Massenvernichtungswaffen, wurden schon früher von den USA und Grossbritannien im Irak eingesetzt, wie früher in Jugoslawien, im Kosovo und in Afghanistan. Der Einsatz von Streubomben ist rechtswidrig, nach dem Zusatzprotokoll I zu den Genfer Konventionen (Schutz der Zivilbevöl-

kerung) und dem Römer Statut (vorsätzlicher Angriff im Wissen darüber, dass zivile Opfer und Schäden entstehen). Zudem handelt es sich bei den Streubomben um indiskriminierte Waffen, die nach Artikel 52 des Zusatzprotokolls und dem Gewohnheitsrecht verboten sind. Einsätze unter Inkaufnahme von zivilen Opfern sind verboten, wenn sie in keinem Verhältnis zu erwarteten unmittelbaren militärischen Vorteilen stehen.

Frage: Weshalb hat die Schweizer Armee in ihren Arsenalen 200.000 solcher Streubomben für Granatwerfer und Artillerie, trotzdem der Einsatz rechtswidrig ist und sich nicht auf militärische Objekte begrenzen lassen würde? Diese auch als Cluster Bomb bekannten Streubomben spucken 32 Tochtergeschosse aus und fegen ein Feld von 6000 Quadratmetern leer, töten und verletzen dort jedes Lebewesen, vernichten, alles was dort kriecht und flucht. Bei einem Einsatz von Streubomben in einem Landwirtschaftsgebiet in der Schweiz, im Kriegsfall, könnten viele Schweizer Bauern nachher wegen den nicht explodierten Bomblets von Streumunition ihre Felder nicht mehr bestellen, wie heute im Libanon, im Irak, in Afghanistan, in Tschetschenien, im Kosovo und in Serbien.

Die Bomben der Ruag konnten seinerzeit in der Schweiz nicht getestet werden. Die Schießversuche der Ruag wurden deshalb in der Negev-Wüste im Süden Israels durchgeführt, zum Leidwesen der Beduinen. Der Negev ist keine unbewohnte Wüste, wie wir vielleicht meinen, sondern wurde seit Jahrhunderten von Beduinen bewohnt, die dort Kamel- und Schaf-

zucht betrieben, jedoch örtlich auch Getreide, Früchte und Gemüse anpflanzten. Die Israelis haben die Beduinen im Negev auf kleine Enklaven zurückgedrängt, beanspruchten das Land für ihre Siedlungen und erklärten große Zonen als militärisches Sperrgebiet. Im Negev wurden seinerzeit auch Atombomben getestet.

3. Jan-Hauke Hilbergs „Keine Kompromisse!“ ist umgezogen

Der im Februar-Newsletter erwähnte Film von Jan-Hauke Hilberg „Keine Kompromisse!“ ist leider nicht mehr unter der dort angegebenen Internetadresse abrufbar, da die entsprechende

Website ihren Dienst eingestellt hat. – Künftig kann der sehenswerte Film über die Website des RüstungsInformationsBüros Freiburg abgerufen werden: <http://www.rib-ev.de/shared/video/>

4. HK33-Einsatz in Ecuador

von Roman Deckert

Anfang März drohte in Südamerika ein zwischenstaatlicher Krieg, nachdem die kolumbianische Armee auf ecuadorianischem Gebiet die Nr. 2 der FARC-Rebellen, Raúl Reyes, erschossen hatte. Ecuador verlegte wie Venezuela umgehend große Truppenkontingente an die Grenze und warnte vor weiteren Übergriffen. Auf Bildern von der Mobilmachung ist zu sehen, dass die Soldaten mit HK33-Sturmgewehren von Heckler & Koch (H&K) in den Konflikt zogen. Noch im Februar hatte das Verteidigungsministerium für eine Gruppe von Journalisten eine Schießübung mit HK33 veranstaltet.

Zwar erklärten die Präsidenten der drei Staaten auf bizarre Weise bei einem Gipfel in der Dominikanischen Republik den Streit kurzerhand für beigelegt. Doch die Spannungen können in der Kleinwaffen-starrenden Region jederzeit neu ausbrechen. Erst 1995 entluden sich Grenzstreitigkeiten zwischen Ecuador und Peru in offenen Gefechten. Der Cenepa-Krieg forderte innerhalb eines Monats geschätzte 500 Todesopfer. Die ecuadorianische Infanterie kämpfte dabei mit HK33 (Kaliber 5,56 mm), einem Ableger des H&K-Exportschlagers G3 (7,62 mm).

Das Außenministerium in Quito erklärt auf seiner Webseite, dass die Streitkräfte 1994 ihre belgischen FAL-Gewehre durch knapp 30.000 HK33 ersetzten. Der Vertrag „con Alemania“ sei völlig im legalen Rahmen gewesen. Nach Erkenntnissen von Jane's Defence wurden die Waffen in England montiert. Diesen Umweg

nutzte H&K systematisch, um die deutschen Exportbeschränkungen zu unterlaufen (siehe „Kenia: Krise und Kleinwaffen“ im Kleinwaffen-Newsletter Januar 2008 – im Internet unter:

<http://www.rib-ev.de/daks/newsletter-01-08.pdf>).

Während des Cenepa-Krieges lieferte Chile weitere 3.000 HK33, wie der ecuadorianische Armeechef Victor Bayas in einem späteren Prozess wegen illegaler Waffendeals mit Argentinien aussagte. Chile wiederum hatte die HK33 schon während der Diktatur Pinochets bezogen. Offenbar stammten sie aus Thailand, wo H&K ab 1971 eine HK33-Lizenzproduktion aufgebaut hatte. Die BRD-Botschaft in Bangkok berichtete 1975 von Gerüchten über einen Export von 4.000 HK33 an Chile, was sich später bestätigte. Wie in Asien und Afrika hatte H&Ks globalisierte Geschäftspolitik auch in Lateinamerika zur Folge, dass alle Seiten über Waffen aus Oberndorf verfügten. Perus Armee kämpfte im Cenepa-Krieg mit G3, deren Ursprung unbekannt ist. Bei den kolumbianischen Militärs, die eine eigene Lizenzfertigung betrieben, war das G3 bis weit in die Neunzigerjahre die Standardwaffe. Auch wenn das Heer heute auf das israelische Galil setzt, sind noch immer zahllose G3 im Einsatz, auch in den Händen von Rebellen und Todesschwadronen. 2003 gab es Presseberichte über illegale Einfuhren von G3 und HK33 aus Ecuador, das laut Small Arms

Survey eine Rekordrate an Tötungsdelikten mit Schusswaffen hat. 2006 dokumentierte ein UN-Bericht den Schmuggel von G3 aus Beständen der peruanischen Nationalgarde nach Kolumbien (siehe „Una Historia de la Violencia“ im Kleinwaffen-Newsletter August 2007 – im Internet unter:

<http://www.rib-ev.de/daks/newsletter-08-07.pdf>).

H&K hat zwar mittlerweile seine HK33-Produktion eingestellt, aber dafür noch 1998 eine Lizenz an die türkische Waffenschmiede MKEK erteilt. RIB-Vorstand Jürgen Grässlin hat in der

Türkei recherchiert, dass Ecuador auf der Kundenliste des staatlichen Rüstungskonzerns steht. Chile hat unterdessen seine Soldaten mit modernen H&K-Gewehren des Typs G36 ausgestattet, der auch in Spanien in Lizenz hergestellt wird. Es scheint daher nur eine Frage der Zeit zu sein, bis der neue Exportschlager aus Oberndorf die Wege des G3 nimmt.

Roman Deckert arbeitet als Kleinwaffen-Analyst im Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) und ist Vorstandsmitglied des RüstungsInformationsBüros Freiburg i.Br. (RIB).

5. Im Auftrag für den Umweltschutz?

„Grün“ ist nicht nur in der gemäßigten Zone eine gute Tarnfarbe, „grün“ ist in den westlichen Industrienationen – seitdem das Phänomen des Klimawandels in das Bewusstsein der Menschen tritt – auch wieder verstärkt zur politisch-korrekten Geisteshaltung der Stunde geworden. So ist es eigentlich nicht erstaunlich, wenn auch die Armee – als einer der großen Verbraucher von Energie für sinnlose Zwecke – für sich in Anspruch nimmt, sich im Umweltschutz zu engagieren. Trotzdem wirkt es zunächst einmal befremdlich: Werden künftig keine „Tornados“ mehr zu Übungsflügen starten, wenn im Sommer wieder einmal kein Atom-, dafür aber Ozon-Alarm ausgelöst wird? Und überhaupt, wie tötet man eigentlich „nachhaltig“?

Auf diese und ähnliche Fragen gibt auch die Bundeswehr-Website zum Thema „Umweltschutz“ keine Antworten (siehe:

http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QizKLd443DgoCSYGZASH6kTCxoJRUFV-P_NxUfW_9AP2C3IhyR0dFRQBw-iNy/delta/base64xml/L3djdyEvd0ZNQUFzQUMvNEIVRS82X0NfM1Mz).

Und auch die entsprechende Seite der sonst auskunftsfreudigeren US-Militärs schweigt sich über diese Fragen aus (siehe:

<http://www.sustainability.army.mil/>).

Das Wundern hat jedoch ein Ende, wenn man in den Blick nimmt, welche Firmen momentan führend sind im Markt für umweltfreundliche Waffen bzw. deren Munition. Bereits seit Anfang der 1980er-Jahre entwickelten deutsche Unternehmen wie Dynamit Nobel und Geco (heute beide zur Schweizer RUAG-Gruppe gehörend)

schadstoffreduzierte Munition, die unter der Bezeichnung Sintox oder Sinoxid in den Handel gelangten. Als Abnehmer traten besonders Landes- und Bundesbehörden auf, wie etwa die Polizei, die auf ihren unterirdischen Schießanlagen tatsächlich große Probleme mit der Schadstoffbelastung durch den regulären Schießbetrieb hatten. Die Bundeswehr mit ihren gut belüfteten oberirdischen Anlagen dagegen zeigte kaum Interesse an dieser Munition. Weshalb bis heute auf dem Munitionsmarkt vor allem schadstoffreduzierte Pistolen- und keine Gewehr-Munition zu finden ist.

Dies könnte sich mittelfristig jedoch ändern, da die britische Firma BAE Systems bekannt gegeben hat, verstärkt in die Entwicklung umweltfreundlicher Produkte investieren zu wollen. Debbie Allen, die Direktorin der Abteilung für Gesellschaftliche Unternehmensverantwortung (corporate social responsibility) wird von Greenpeace mit den Worten zitiert: “Weapons are going to be used and when they are, we try to make them as safe for the user as possible, to limit the collateral damage and to impact as little as possible on the environment.” (Vgl.:

http://weblog.greenpeace.org/makingwaves/archives/2006/09/and_now_from_the_this_is_not_a.html)

Da nicht ganz klar ist, warum Umweltschutz nicht auch den Schutz von Menschen mit einbezieht, wirken diese Sätze etwas zynisch. So wäre es vielleicht besser, in Rechnung zu stellen, dass es BAE mit ihrer Initiative wohl nicht nur um Belange des Umweltschutzes geht, sondern dass im Hintergrund auch monetäre Interessen stehen: Der deutsche Munitionsmarkt für be-

hördliche Abnehmer ist heute für internationale Anbieter unzugänglich, weil sie keine Munition entwickelt haben, die die strengen deutschen Schadstoff-Grenzwerte einhält. – Mittelfristig

6. Heckler & Koch: der Export brummt

Nachdem das türkische Staatsunternehmen MKEK ein „neues“ Sturmgewehr präsentiert hat, das dem HK416 stark zu ähneln scheint, scheint sich nun zu bestätigen, dass MKEK eine Vereinbarung mit dem pakistanischen Staatsunternehmen Pakistan Ordnance Factory geschlossen hat, künftig im Bereich Forschung und Entwicklung kooperieren zu wollen. Welche Folgen diese Kooperation für die weltweite Weiterverbreitung des HK416 mit sich bringt, ist noch unklar.

Heckler & Koch scheint diesen Umsatzausfall zunächst kompensieren zu können, da es dem Unternehmen gelungen ist, sowohl im britischen als auch im US-Rüstungsmarkt größere Verträge abzuschließen.

So gab das britische Verteidigungsministerium am 8. Februar bekannt, eine weitere Tranche der

könnte die Entscheidung von BAE damit Bewegung in den deutschen Munitionsmarkt bringen, der derzeit noch durch das Duopol von MEN und RUAG Ammotec geprägt ist.

„Granatmaschinenwaffe“ (GMW) im Kaliber 40mm von Heckler & Koch geordert zu haben (siehe im Internet unter:

<http://www.mod.uk/DefenceInternet/DefenceNews/EquipmentAndLogistics/MoreGrenadeMachineGunsForFrontLineTroops.htm>).

Und einem Bericht der US-amerikanischen „Army Times“ ist zu entnehmen, dass das von Heckler & Koch für M4 und M16 entwickelte Anbaugranatgerät XM 320 nach umfangreichen Tests nun eingeführt werden soll (siehe im Internet unter:

http://www.armytimes.com/news/2008/02/dfn_022808_grenade_launcherw/).

Rund 68.000 „alte“ Granatgeräte sollen in diesem Rahmen abgelöst werden. Wie viele Geräte neu beschafft werden sollen, ist noch nicht bekannt, aber jedes einzelne scheint einen Preis von rund \$3.500 zu haben.

7. Neues vom Büchermarkt: Afghanistan

Parallel zum Beschluss, den Einsatz der Bundeswehr auszuweiten und nun auch ein Kontingent Kampftruppen zu entsenden, wurde durch den Wehrbeauftragten des Bundestages Reinhold Robbe, Kritik an der Ausrüstung der Soldaten laut. – Vielleicht sollten die Pläne, das „Eiserne Kreuz“ wieder einzuführen, auch in diesem Zusammenhang betrachtet werden?

Wie dem auch sei! Zwei recht gegensätzliche Publikationen sind derzeit auf dem deutschen Büchermarkt zu erwerben. Zum einen gibt es da den Erlebnisbericht eines deutschen Soldaten, Achim Wohlgetan, der in „Endstation Kabul: Als deutscher Soldat in Afghanistan – ein Insiderbericht“ über seine Erfahrungen in Afghanistan berichtet; zum anderen gibt es seit kurzem die DVD „Operation Afghanistan – Die Bundeswehr im Einsatz“, eine sechsteilige Dokumentation über den Alltag der Bundeswehr im Auslandseinsatz.

Während im einen Fall private Erlebnisse und Eindrücke im Mittelpunkt stehen, die teils etwas unreflektiert wirken, bietet die DVD einen Hochglanz-Einblick in den Alltag von Auslandseinsätzen, wie die Bundeswehr sich diesen gern vorstellt.

Die „Dokumentation“ wurde von „embedded journalists“ erstellt, die mit der Bundeswehr in Afghanistan unterwegs waren. So verwundert es nicht, dass die Bundeswehr selbst Werbung für dieses Produkt macht

(vgl. im Internet unter:

http://www.deutschesheer.de/portal/a/heer/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKL_NzSLtzAIA8IB2c76kXDRoJRUFV-P_NxUfW_9AP2C3IhyR0dFRQAWk7fz/delta/base64xml/L2djQSEvUUt3QS80SVVFLzZfMTZfODFF?yw_contentURL=%2FC1256F870054206E%2FW276ZATB918INFODE%2Fcontent.jsp#par1).

Beide Publikationen können ernsthaft interessierten Lesern kaum etwas bieten. Beide veranschaulichen auf ihre Weise die Richtigkeit des Satzes „Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst“. Was fehlt, ist eine tatsächlich unabhängige Berichterstattung über die Situation in Afghanistan. Unter diesem Mangel leiden alle Beteiligten. An den Aufbau einer demokratischen

Gesellschaft in Afghanistan ist so nicht zu denken. Und eine tatsächliche demokratische Kontrolle der Bundeswehr wird auf diese Weise unmöglich gemacht. Die Bundeswehr kann in diesem Rahmen ihren Auftrag, am Aufbau von gerechten und demokratischen Gesellschaftsstrukturen beizutragen, nicht erfüllen – und das liegt nicht an ihrer mangelhaften Ausrüstung.

8. Neues vom Kunstmarkt: Banksy

Weder sein Aussehen noch sein wirklicher Name sind bekannt. Sein Signum, „Banksy“, schien in den letzten Monaten jedoch allgegenwärtig. Die Werke dieses Graffiti-Künstlers erreichten Höchstpreise auf dem internationalen Kunstmarkt, verschiedene Zeitungen berichteten über ihn und sein Werk (vgl. FAZ vom 4.2.2008. – im Internet unter:

<http://www.faz.net/s/Rub117C535CDF414415BB243B181B8B60AE/Doc~E6EC0FE1F4FF34FCDB9020FDCEB806959~ATpl~Ecommon~Spezial.html>) und – kein Scherz! – auch am kommenden 1. April wird Sotheby's wieder einige seiner Werke auf einer Auktion anbieten. Und das zu Preisen zwischen 3.000 und 50.000 Pfund (siehe im Internet unter: <http://browse.sothebys.com/?q=banksy>).

Wie ist dieser „Hype“ zu erklären? – Dass die gesellschaftskritische Dimension der zum Verkauf stehenden Werke nicht erkannt würde, ist nicht anzunehmen. Dafür ist die Botschaft zu

eindeutig: Im Zentrum von „Napalm“ etwa steht das berühmte Bild von Kim Phuc, das am 8. Juni 1972 von Nick Ut nach einem Angriff der US-Luftwaffe in Vietnam aufgenommen wurde. Flankiert wird diese Figur auf beiden Seiten vom winkenden McDonald's-Clown und der lachenden Mickey Mouse (Schätzpreis 4.000-6.000 Pfund). Sollte die Begeisterung an Banksys Werken am Ende eine selbstkritische Erkenntnisfähigkeit der westlichen Funktionseliten ausdrücken? Oder spiegelt der Kaufrausch lediglich wieder, was seit jeher das Markenzeichen der westlichen Demokratiemodelle gewesen ist: die Fähigkeit, Systemkritik zu vereinnahmen?

Mehrere Sammelbände versuchen mittlerweile, Banksys Werke zu dokumentieren. Insbesondere zu nennen sind dabei die von Banksy selbst unterstützen Bücher „Banging your head against a brick wall“ (2001), „Existencilism“ (2002) und „Cut it out“ (2004).

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: rib@rib-ev.de
Web: www.rib-ev.de/daks

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Frankfurt
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber.

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind der DAKS-Fonds „Gerechtigkeit für Kleinwaffenopfer“ (angesiedelt beim RüstungsInformationsBüro RIB e.V.) und



Friedenszentrum
Braunschweig

